

Position der FDP zum Haushalt 2007

Oliver Stirböck 07.12.2006 – es gilt das gesprochene Wort

Eigentlich hat sich in Offenbach in den letzten Jahrzehnten immer viel getan. Manches hat uns besser gefallen (Büsing-Palais, Fußgängerzone), manches weniger gut (Lesegarten, Hugenottenplatz). Natürlich hat diese Aktivität, auch ein Stück weit damit zu tun, dass unsere Heimatstadt mehr als andere Städte einerseits unter industriellem Wandel, andererseits unter Zerstörung, aber auch dadurch bedingter hyperaktiver Stadtentwicklung zu leiden hatte. Es wäre zwar hart, aber wohl ungerecht zu sagen, Offenbach wurde in der Vergangenheit zweimal zerstört, einmal im Krieg und einmal von den Stadtplanern. Aber unbestritten sind die Herausforderungen für die aktuelle Generation der Kommunalpolitiker – ob Mehrheit oder Opposition – und die Bürgerschaft hoch.

Haushaltslage

Die Herausforderungen zeigen sich noch viel deutlicher im Haushalt der Stadt Offenbach als dies gemeinhin draußen angenommen wird. Während etwa eine renommierte Institution wie die IHK in einer aktuellen Broschüre schreibt, dass die Stadt Offenbach Ihre „Neuverschuldung abbauen“ konnte und damit einen mehr als nur leicht geschönten Eindruck erweckt und während auch manch Bürger meint, Offenbach habe zwar nicht viel Geld, sei aber Dank des Sanierungskurses schuldenfrei, sieht die ungeschminkte Wirklichkeit anders aus. Mit dem Haushalt 2007 verabschieden wir den 20. Defizithaushalt seit 1986. Darunter sind auch 15 Haushalte, die allgemein als „Sanierungshaushalte“ bezeichnet wurden.

Bei einem kumulierten Fehlbetrag auf Rekordniveau von 366 Millionen Euro, davon 307 Millionen Altdefizit, ist der erwartete Gesamtfehlbetrag höher als die erwarteten Einnahmen für das ganze Jahr (235 Millionen Euro). Und: Die Verschuldung der Stadt Offenbach aus regulären Schulden und Kassenkrediten liegt zu Beginn des Jahres 2007 bei 515 Millionen EUR, also damit erstmal über der Grenze von 1 Milliarde DM, die früher als völlig absurde Prognose galt. Dabei hat die Gewerbesteuer mit 45 Millionen EUR einen Anteil am Verwaltungshaushalt von wahrscheinlich nur rund 15 %. In Rekordjahren lag der Anteil bei rund 30 %. Der Einkommenssteueranteil ist ebenfalls sukzessive gesunken. Dagegen boomt die soziale Sicherung.

CDU-Vorschläge sind heiße Luft

Neben rein bundespolitischen Faktoren ist daher zu konstatieren, dass es weder gelungen ist, einen krisenfesten Branchenmix anzusiedeln, noch den angestrebten Bevölkerungsmix, also eine Bevölkerungsstruktur mit zumindest durchschnittlichem Einkommenssteuerniveau. Also insgesamt eine Struktur, die konjunkturelle Dellen abfedert.

Im Übrigen ist dies unabhängig von jeweiligen politischen Konstellationen zu sehen. Keine politische Konstellation, auch nicht jene mit Unions-Beteiligung, können hier wirklich behaupten, den „Turn Around“ geschafft zu haben. Die ständige Behauptung der Union – ob im Kommunalwahlkampf oder im OB-Wahlkampf, sie werde den Zuzug in die Sozialen Sicherungssysteme verhindern, wird weder durch ihre eigene Regierungstätigkeit von 1991 bis 1997 – immerhin stellte die Union insgesamt 3 Sozialdezernenten – noch durch interessante Vorschläge fundiert. Es gab da bis heute keine heißen Ratschläge, keine heißen Tipps, sondern nur heiße Luft.

Der einzige nachweisbare Beitrag der Union zur Erhöhung der Einnahmen war im Übrigen die Einführung der Getränkesteuer.

Auch die heutigen Vorschläge der CDU zeigen, was auch vergangene Debatten, einschließlich der Beiträge der FDP, gezeigt haben: Es gibt keine Patentlösungen. Das was die Union vielleicht für Patentlösungen hält oder zumindest als solche verkauft, klingt vielleicht patent, sind aber alles andere als Lösungen.

Ohne Änderungen der Rahmenbedingungen – und da meine ich weniger die konjunkturellen Rahmenbedingungen, sondern das Stichwort „Regionalreform“, werden wir von Schlagworten wie „freie Spitze“ und „vollständiger Abbau der Altdefizite“ Abschied nehmen müssen.

Nicht Abschied nehmen dürfen wir aber von sparsamen und effizienten Wirtschaften.

Weiche Standortfaktoren

Nicht Abschied nehmen dürfen wir vom Ziel, die Stadt weiterzuentwickeln und neue Akzente zu setzen.

Wir müssen nicht ausgeben lernen, wir müssen Geld richtig ausgeben. Dazu gehört es, dass wir gezielt die weichen Standortfaktoren stärken:

- **Schule**

1. Die neue Koalition macht Bildung zum Schwerpunkt ihrer Politik. Das Bildungsangebot der Stadt ist ein wesentlicher, weicher Standortfaktor. Um den für die Sanierung der Schulen erforderlichen Kraftakt überhaupt leisten zu können, werden die Möglichkeiten von Partnerschaften mit privatwirtschaftlich organisierten Unternehmen genutzt werden müssen.

In jedem Fall wird es mit dem geplanten Public Private Partnership faktisch einen Paradigmenwechsel in der Haushaltspolitik geben. Der Verzicht auf so genannte Nettoneuverschuldung im Vermögenshaushalt leistete einerseits wertvolle Dienste zur Disziplinierung der Kommunalpolitiker und damit zum Verzicht auf Prestigeprojekte und zum Verzicht auf Projekte von geringerer Priorität. Es hatte aber auch einen problematischen Kern, weil Investitionen in die Zukunft (ob Straßenbau oder vor allem Schulen) schlicht auf andere Politikergenerationen verschoben wurden. Faktischen fanden Deinvestitionen statt. Viel gefährlicher sind ohnehin die Defizite des Verwaltungshaushaltes, weil hier sozusagen Geld verfrühstückt wird, also Gelder verausgabt werden, denen kein neu geschaffenes Vermögen gegenübersteht. Der Kollege Kayser hat auf diesen Zusammenhang im Oberbürgermeisterwahlkampf mit Recht hingewiesen. Mit der Einführung der Doppik werden wir ohnehin neue Steuerungsinstrumente zur Messung sparsamen Wirtschaftens finden müssen.

Die Frage welches Modell der öffentlich-privaten Partnerschaft einzugehen ist, wird und muss ohne ideologische Vorfestlegung geprüft werden. In die Bewertung sollte einerseits einfließen, welche besondere Situation angesichts bestehender Strukturen des Stadtkonzerns und Verträgen mit Unternehmen desselben besteht, aber auch welche Erfahrungen in den bestehenden Strukturen mit Schulsanierungs- und Schulbauprojekten besteht und wie groß das Vertrauen ist, dass aus diesem Konzern heraus, ein solches Großprojekt wesentlich gesteuert werden kann.

Wir werden dabei eine Benachteiligung der Gymnasien nicht zulassen. Sie sind Leuchttürme im Bildungswesen unserer Stadt. Deshalb stehen wir auch in Zukunft zu allen Gymnasien dieser Stadt und für deren Existenz.

- **Sauberkeit, Sicherheit**

2. Die neue Koalition macht mit ihrem neuen Ordnungsdezernenten Paul-Gerhard Weiß Sauberkeit und Sicherheit zu einem weiteren Schwerpunkt. Deshalb war es für die neue Koalition eine Selbstverständlichkeit, dass angesichts der akuten Bedrohungssituation die Ecke Hermann-Steinhäuser Straße/Ziegelstraße/Karlstraße videoüberwacht wird. Für die Koalition ist es allerdings auch keine Frage, dass Videoüberwachungen an solchen Stellen nicht für immer und alle Ewigkeit stehen sollen, sondern befristet werden müssen wie wir überhaupt der Auffassung sind, dass Videoüberwachung kein Patentrezept ist.

Wir werden insgesamt die Anstrengungen von Stadt und ESO für mehr Sauberkeit und Sicherheit effektiv koordinieren und verstetigen. Mit dem Projekt „gib acht auf Offenbach“ fassen wir alle Maßnahmen zu einem gemeinsamen Aktionsplan zusammen und initiieren Kampagnen, mit dem Ziel das städtische Erscheinungsbild aufzuwerten und Bewusstseinsbildung zu betreiben. Auch die Verstöße gegen die Regeln für Sauberkeit sollen durch vermehrten Einsatz von Ordnungskräften verstärkt. Hier ist intensiv darüber nachzudenken, ob dies wirklich durch eine Aufstockung des Personals oder durch einen „Freiwilligen Ordnungsdienst“ zu geschehen hat.

Das Ziel mehr Sauberkeit in der Stadt zu erreichen wird aber nur gelingen, wenn wir einen Bewusstseinswandel in Teilen der Bevölkerung erreichen. Und jene, die sich an Regeln halten, ein Stück weit mit acht geben, dass sich auch die anderen an diese halten. Wir müssen gemeinsam diese Stadt zum Unruheraum machen, für diejenigen, die sich nicht an die Spielregeln halten.

- **Emissionen/Flughafen**

3. Die neue Koalition wird Kurshalten in Sachen Flughafen. Nordwestbahnvariante. Die Ablehnung der Nordwestbahnvariante des Frankfurter Flughafens war der eigentliche „Pakt für Offenbach“, weil hier wirklich von ganz rechts bis ganz links unter Führung des Oberbürgermeisters Gerhard Grandke das gesamte Parlament eine gemeinsame Position vertrat.

Wir Freien Demokraten sehen im Frankfurter Flughafen weiterhin einen wichtigen, wahrscheinlich sogar einen harten Standortfaktor. Es ist grundfalsch zu bezweifeln, dass der Flughafen ein bedeutender Faktor für Arbeitsplätze und Wohlstand in der Region ist. Deshalb haben sich die Offenbacher Freidemokraten gemeinsam mit Oberbürgermeister Gerhard Grandke auch nie gegen eine Weiterentwicklung des Frankfurter Flughafens ausgesprochen, sondern lediglich dagegen den Fluglärm über Offenbach zu konzentrieren.

Wir wenden uns aber weiterhin gemeinsam mit unseren Koalitionspartnern gegen weitere Belastungen durch den Fluglärm. Denn die Grenze der Belastbarkeit Offenbachs ist bereits jetzt überschritten. Der Regionalplan macht deutlich, dass durch das prognostizierte Luftverkehrsaufkommen von 700.000 Flugbewegungen für 2020 in der jetzt geplanten Ausbauvariante Nordwest mit der dann vorgesehenen Belegung der An- und Abflugrouten 75 Prozent des Offenbacher Stadtgebietes eine Siedlungsbeschränkung gilt.

Wer wie die Offenbacher Union die Lärmauswirkungen der Nordwestvariante künstlich kleinredet, entfernt sich Stück für Stück von der gemeinsam getragenen Flughafenposition.

Wir werden unseren liberalen Flughafendezernenten und den eingeschlagenen Rechtsweg auch weiterhin ohne Vorbehalte unterstützen.

Harte Standortfaktoren

Die weichen Standortfaktoren sind wichtig für die Stadtentwicklung.

Wir warnen allerdings davor, nebensächliche Spielwiesen Einzelner als „weichen Standortfaktors“ und damit als wesentlichen Beitrag zur Lösung der Probleme der Stadt zu euphemisieren.

Und wir warnen davor den Einfluss der weichen Standortfaktoren auf die Wirtschaftsentwicklung zu überschätzen. Entscheidend für die Ansiedlung von Gewerbesteuerzahlern bleiben die harten Standortfaktoren:

- Trotz Leerständen muss das Flächenangebot daher weiter ausgebaut werden, um an unterschiedlichen Stellen der Stadt unterschiedliche Flächenbouquets darstellen, in Zeiten der Hochkonjunktur neues

Gewerbe ansiedeln und damit die Gewerbesteuererlössituation verbessern zu können. Der heute vorliegende Bebauungsplan geht daher in die richtige Richtung (selbstverständlich mit der Ermöglichung von Park & Ride, P&R ist wichtig für die Verknüpfung unterschiedlicher Verkehrsträger und darf nicht einer übersteigerten ÖPNV-Ideologie zum Opfer fallen. Deshalb ist der heutige CDU-Antrag zum Bebauungsplan und der Koalitionsvertrag hier so richtig). Dieser Bebauungsplan darf aber nicht das Ende unserer Phantasie sein.

- Wir müssen gezielt Branchen ansiedeln, die zur Stadt passen und die unsere Stadt braucht. Vor diesem Hintergrund sind auch die Baumaßnahmen rund um die Hochschule für Gestaltung zu sehen. Die Änderungsanträge der CDU, die das Ziel verfolgen, Mittel für die Schlossstraße für andere Maßnahmen zu verfrühstücken, sind also nicht nur falsch, weil die jetzt noch etatisierten Mittel im Gesamtzusammenhang mit bereits verausgabten Mittel zu sehen sind. Sie gefährden auch das Ziel über eine Verbesserung des HfG-Umfelds, die HfG und damit den Design- und Kommunikationsstandort Offenbach zu stärken.
- Den Weg Offenbach als Dienstleistungsstandort auszubauen bleibt richtig. Es wäre allerdings auch wünschenswert, wenn es auch gelänge, arbeitsplatzintensive Zukunftsbranchen jenseits der Bürotätigkeiten verstärkt in Offenbach anzusiedeln – wie etwa aus der Entsorgungsbranche.
- Wir müssen gemeinsam mit der Offenbacher Wirtschaft und der Wirtschaftsförderung Auswirkungen der Höhe des Gewerbesteuersatzes der Stadt Offenbach im Wettbewerb zur Hebesteuersatzentwicklung der Stadt Frankfurt und des Umlandes ständig im Auge haben. Es geht hierbei nicht um eine Steuersenkungsideologie, sondern ganz pragmatisch um die Findung des für die Erlössituation der Stadt Offenbach mittel- und langfristigen optimalen Hebesatzes.
- Mit der Ankündigung der Senkung der Getränkesteuer ab 2008 und ihrer nachfolgenden Abschaffung hat die Koalition ein der Branche schon jetzt vielbeachtetes Zeichen in einem Marktsegment gesetzt. Der Schrecken hat jetzt ein Ende, heißt es. Es ist auch allgemein ein Zeichen, dass Offenbach fair mit den Betrieben dieser Stadt umzugehen gewillt ist und ehemals angedachte weitere „Offenbach-Steuern“ in dieser Stadt keine Mehrheit finden.

Stadtkonzern

Immer wieder müssen wir auch die Effizienz der Stadtverwaltung und vor allem der Unternehmen des Stadtkonzerns überprüfen. Nach Auffassung der FDP darf weder partielles Insourcing noch dürfen weitere echte Privatisierungen städtischer Aufgaben ein Tabu sein. Wir sollten den Prozess der Veräußerung städtischen Vermögens weiter vorsichtig vorantreiben. Wenn andere Besitzverhältnisse sinnvoller sind, sind diese anzustreben. Es ist stets zu prüfen, ob Aufgaben in der Verwaltung zu erbringen sind, oder von städtischen

Gesellschaften übernommen, beziehungsweise Kapazitäten tatsächlich vorgehalten werden sollen, oder an Fremdfirmen vergeben werden können. Auch die Struktur der Holding ist zu überprüfen.

FAZIT

Wir haben im Sportteil einer Zeitung gelesen, Herr Oberbürgermeister, Sie hätten am Sonntag den Kickers-Trainer geküsst. Ganz so innig ist das Verhältnis in der Koalition sicher noch nicht. Und so innig wird es auch nicht werden. Es ist ja keine Liebesheirat, sondern eine „Wohngemeinschaft auf Zeit“. Mit der Zustimmung zu diesem Haushalt, den wir ebenso wenig wie der neue Kämmerer geprägt haben, signalisieren wir unser Vertrauen in den neuen Magistrat und in diese Koalition.

Die neue Koalition nimmt als lagerübergreifende Koalition der Mitte die Herausforderungen schon beinahe zwangsläufig ohne ideologische Scheuklappen an. Die neue Koalition macht dabei auch neue Politik. Schwerpunkte wie Schulbau und Sauberkeit beweisen dies. Bürgerliche Politik, also Politik für den Bürger – keine spießbürgerliche Politik – wird in Offenbach von dieser Koalition gemacht.